



# HESSISCHER LANDTAG

21. 04. 2015

Plenum

## **Antrag der Fraktion der SPD**

### **betreffend aktueller Gesetzentwurf für ein Anbauverbot von Gentechnikpflanzen in Deutschland**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die auf Bundesebene zwischen CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag 2013 erklärte Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln.
2. Der Landtag begrüßt die von der Bundesregierung im Februar 2014 eingenommene Position, wonach die Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber Gentechnik eindeutig anerkannt und wahrgenommen werden.
3. Der Landtag begrüßt die Abstimmung des Europäischen Parlamentes am 13.01.2015, wonach die EU-Mitgliedsstaaten in Zukunft den Anbau von GVO (gentechnisch veränderten Organismen) in ihrem Hoheitsgebiet einschränken oder verbieten dürfen.
4. Der Landtag stellt mit wachsender Sorge fest, dass der aktuelle Gesetzentwurf des Bundesagrarsministers Christian Schmidt vorsieht, dass über ein Anbauverbot von Gentechnikpflanzen in Deutschland zukünftig die Bundesländer und nicht die Bundesregierung entscheiden sollen. Eine föderale Kompetenzzuweisung sorgt allerdings dafür, dass eine Gen-Sorte in Deutschland erst dann bundesweit verboten ist, wenn 16 Verbotverfahren erfolgreich durchgeführt worden sind. Dieses Verfahren sorgt für einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand und widerspricht einem klaren Bekenntnis gegen den Anbau von Gentechnikpflanzen in Deutschland.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für ein bundesweites Anbauverbot von Gentechnikpflanzen in Deutschland einzusetzen und dem aktuell geplanten Gesetzentwurf nicht zuzustimmen.

#### **Begründung:**

Die neue Vorschrift sieht unter anderem vor, dass nach Zustimmung des Europäischen Rates der Anbau gentechnisch veränderter Organismen nicht nur aus umweltpolitischen Gründen beschränkt oder untersagt werden kann, sondern auch aus weiteren Gründen, wie zum Beispiel der Stadt- und Raumplanung oder sozialpolitischen Zielen. Auf der Grundlage der neuen Verordnung wäre also ein bundesweites Anbauverbot von Gentechnikpflanzen in Deutschland möglich und umsetzbar.

Wiesbaden, 21. April 2015

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**